Seit Beginn des neuen Jahres gilt es, beim Verkauf einer Vertragsarztpraxis neue Hürden zu überwinden.

© Friso Gentsch/dpa

Risiken für Praxisverkäufer und -käufer

Neu seit 1. Januar 2013: Änderungen bei der Praxisnachfolge

Seit dem 1. Januar 2013 ist ein geänderter Ablauf der Nachfolgezulassung in Arztpraxen in Kraft. Ziel des Gesetzgebers ist es, die Zahl der Praxissitze in überversorgten Gebieten zu reduzieren.

Gemäß des bis zum Ende letzten Jahres gültigen Willen des Gesetzgebers war die Nachbesetzung von Vertragsarztsitzen in überversorgten Planungsbereichen zum Zweck der Kosteneindämmung im Gesundheitswesen unerwünscht. Ergo besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Erteilung einer vertragsärztlichen Zulassung, wenn ein Planungsbereich wegen Überversorgung mit Zulassungsbeschränkungen für eine bestimmte Arztgruppe versehen ist.

Eine Ausnahme ist die Zulassung eines Praxisnachfolgers auf Antrag eines ausscheidenden Arztes. In diesem Fall besteht seitens der KV und des Zulassungsausschusses kein Entscheidungsspielraum bezüglich der Frage, ob der Praxissitz ausgeschrieben und nachbesetzt wird. Entschieden wird lediglich darüber, welcher Bewerber am besten geeignet ist. So war bislang sichergestellt, dass der Praxisinhaber die im Lauf seines Berufslebens aufgebaute Praxis wirtschaftlich verwerten kann.

Nach der neuen Rechtslage, die zum Jahreswechsel in Kraft trat, prüft der Zulassungsausschuss zunächst in einem vorgeschalteten Verfahren, ob dem An-

trag des abgebenden Arztes auf Ausschreibung des Vertragsarztsitzes überhaupt stattgegeben wird. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Nachbesetzung des Sitzes aus Versorgungsgründen erforderlich ist. Welche Aspekte genau im Rahmen der Prüfung zu berücksichtigen sind, gibt das Gesetz nicht vor. Hier herrscht erhebliche Rechtsunsicherheit.

Eine Ausnahme bildet die Übergabe der Praxis an ein Kind, einen Ehe-/Lebenspartner oder einen Angestellten (nicht Job-Sharing) des abgebenden Arztes. Unter diesen Umständen ist der Antrag auf Ausschreibung vom Zulassungsausschuss von Gesetzes wegen zu genehmigen. Jedoch muss dies im Antrag entsprechend vorgetragen werden.

Hält der Zulassungsausschuss die Nachbesetzung des Vertragsarztsitzes für nicht erforderlich, wird der Antrag des Arztes auf Ausschreibung abgelehnt. Zwar ist die KV in diesem Fall gesetzlich zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe des Verkehrswerts der Praxis verpflichtet. Zu der Frage, wie dieser zu ermitteln ist, macht das Gesetz jedoch keine Vorgaben.

Neben der Unsicherheit über die Entschädigungshöhe birgt das neue Verfah-

rens ein weiteres Risiko: Die Kassen können gegen die Entscheidung des Zulassungsausschusses zur Ausschreibung des Sitzes Klage erheben. Bis zu einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung können unter Umständen Jahre vergehen. Wird die Entscheidung des Zulassungsausschusses gerichtlich aufgehoben, droht die Rückabwicklung des Kaufvertrags.

Für alle, die 2013 eine Praxisnachfolge planen, wird es noch wichtiger, sich rechtzeitig beraten zu lassen. Zunächst sollte die Versorgungssituation und das Vorliegen von Praxisbesonderheiten geprüft werden. Ergeben sich dabei überzeugende Argumente für die Nachbesetzung des Sitzes aus Versorgungsgesichtspunkten, ist dies bereits im Ausschreibungsantrag detailliert darzulegen. Andernfalls sollten alternative Strategien für einen geregelten Übergang der Praxis geprüft werden. Nur so lassen sich die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen planbar gestalten. Welche Lösung im Einzelfall die beste ist, muss individuell entschieden werden.

Patricia Ogbonna

Rechtsanwältin, AWI TREUHAND
Rechtsanwaltsgesellschaft GmbH